
Inhalt

Einleitung	9
 Teil A: Das Hören ausländischer Sender als „Rundfunkverbrechen“ 	
I. Die Rundfunkverordnung: Historische Voraussetzungen und Entstehungsgeschichte	17
1. Radio Moskau, die Weimarer Republik und das „Dritte Reich“	17
2. Abhören als Vorbereitung zum Hochverrat und Goebbels' Gesetzentwurf über ein Abhörverbot kommunistischer Sender	22
3. Die Entstehung der „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939“	26
II. Ausnahmen vom Abhörverbot ausländischer Sender	39
1. Die Abhörberechtigung – ein Kampf um Macht und Einfluss	39
<i>Der Seehaus-Dienst – die Abhörkonkurrenz des Auswärtigen Amtes am Wannsee · Polykratie im „Dritten Reich“</i>	
2. Sonderregelungen zum Abhören	52
<i>Definitionsprobleme: Was ist ein Auslandssender? · Hörverbote in anderen Ländern</i>	
III. Die Geheime Staatspolizei und die Verfolgung von „Rundfunkverbrechen“	65
1. Die Geheime Staatspolizei – die politische Polizei des „Dritten Reiches“	65
2. Richtlinien „staatspolizeilicher Maßnahmen“ gegen „Rundfunkverbrecher“	72
<i>Warnung – Belehrung – Warnverfügung · Sicherungsgeld · Sicherstellung bzw. Einziehung des Rundfunkgerätes · „Schutzhaft“ · Überstellung in ein Konzentrationslager und „Sonderbehandlung“ · KZ-Haft im Rahmen der „Nachüberwachung“</i>	
3. Verfolgungsintensität und Sanktionsverhalten der Gestapo	84

IV. Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit und das Abhörverbot	99
1. Die Etablierung der Sonderjustiz	99
<i>Das sondergerichtliche Verfahren · Justizlenkung, Radikalisierung und Kompetenzabtretung</i>	
2. Das Delikt „Rundfunkverbrechen“ als Straftatbestand	116
<i>Der Tatbestand „Abhören“ (§ 1) · Der Tatbestand „Weiterverbreiten“ (§ 2) · Die Zuständigkeit der Sondergerichte, des Volksgerichtshofs und der Wehrmachtgerichte</i>	
V. Abschreckung und Prävention	133
1. Goebbels' Abschreckungspropaganda	133
2. Die Warnzettel-Aktion von 1941/42	140
3. Die Abhörverhinderung mit technischen Mitteln	144

Teil B: Die sondergerichtliche Urteilspraxis in der Reichshauptstadt Berlin und der südbadischen Provinz

I. Die Fallstudie als Vergleich	153
Die Datenbasis	153
Das Sondergericht Berlin	157
Das Sondergericht Freiburg im Breisgau	159
Die Sozialstruktur der Beschuldigten	163
II. Die Ermittlungsverfahren	169
1. Das Ermittlungsmonopol der Gestapo	169
2. Das Aufspüren von „Rundfunkverbrechern“: Postüberwachung, Einsatz von Spitzeln und Denunziationen	176
<i>Die Postüberwachung · Der Einsatz von Spitzeln · Die Denunziationen</i>	
3. Die staatspolizeiliche Ermittlung und der Strafantrag	200
<i>Die Ermittlungs- und Vernehmungspraxis der Gestapo bei „Rundfunkverbrechen“ · Schlussbericht und Entscheidung über den Strafantrag · Haftbefehl und Untersuchungshaft oder Rücksistierung</i>	
4. Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft	211
<i>Prüfung des juristischen Tatbestands und der gerichtlichen Zuständigkeit · Einstellung oder Anklageerhebung · Die Anklage</i>	

III. Die sondergerichtliche Ahndung	223
1. Ladung, Sitzungsort, Richterbesetzung und Hauptverhandlung	223
<i>Festsetzung und Ladung zur Hauptverhandlung · Sitzungsort und Richterbesetzung · Die Hauptverhandlung</i>	
2. Die anwaltliche Verteidigung und Konflikte mit Justiz und Gestapo	232
<i>Die Streichung der Pflichtverteidigung · Die Tätigkeit der Wahlverteidiger · Konflikte zwischen Verteidiger, Justiz und Gestapo</i>	237
3. Die Anwendung der Abhörparagrafen (§ 1) und Verbreitungsparagrafen (§ 2)	240
<i>§ 1 Abhörversuche, zufälliges Abhören und Musikhören · Inländische Schwarzsender · Grüße von Kriegsgefangenen · Die Anwendung des Verbreitungsparagrafen (§ 2) Die Gefährdung der „Widerstandskraft des deutschen Volkes“ · Das Mithörenlassen Dritter als Tatbestand des Verbreitens nach § 2</i>	
4. Die Strafmaße bei „Rundfunkverbrechen“	254
<i>Gefängnisstrafen · Zuchthausstrafen · Strafzumessung nach ideologischen Gesichtspunkten · Die Entwicklung der Urteilspraxis am Sondergericht Berlin</i>	
IV. Die Strafvollstreckung	265
1. Gerichtskosten, Strafantritt und Strafvollzug	265
2. Die Nichteinrechnung der Vollzugszeit und Straflagervollzug für „Kriegstäter“	269
3. Strafurlaubung, Strafaufschub und Strafaussetzung	273
4. Straferlass auf Bewährung	276
V. „Staatspolizeiliche Maßnahmen“ nach der Strafverbüßung	281
1. Der Informationsfluss zwischen Justiz und Gestapo	281
2. „Schutzhaft“ für eine katholische Abhörergemeinschaft	283
3. Konzentrationslager und polizeiliche Vorbeugungshaft	286
VI. Die Urteilsaufhebung	289
VII. Rundfunkverfahren gegen ausländische Beschuldigte	293
1. Verfahren vor dem Freiburger Sondergericht	293
2. Verfahren vor dem Sondergericht Berlin	302

VIII. Jüdische Beschuldigte und „Konsulenten“	307
Sonderrecht für Juden	307
Jüdische Strafverteidiger als „Konsulenten“	309
Rundfunkverfahren gegen jüdische Beschuldigte und deren Angehörige	312
IX. Das Hörverhalten	319
1. Die abgehörten Sender in der Reichshauptstadt Berlin und in Südbaden	319
<i>Offizielle Sender · Tarnsender, Schwarzsender, Soldatensender und „Geisterstimmen“</i>	
2. Die abgehörten Inhalte	324
3. Motive des Abhörens: Neugier und Nachrichtenhunger, Verfolgung und Widerstand	328
4. Verbreitung und Bedeutung des Abhörens	333
Schlussbetrachtung	343
Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis	355
Abkürzungen	355
Unveröffentlichte Quellen und Dokumente	357
Veröffentlichte Quellen, Dokumente und Zeitgenössische Kommentierung	358
Literatur	362
Danksagung	383